

Türkei

Funda Tekin*

Am 24. Juni 2018 hat das Wahlbündnis von Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) und Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) bei vorgezogenen Wahlen in der Türkei die absolute Mehrheit im Parlament erreicht. Gleichzeitig wurde Recep Tayyip Erdoğan (AKP) als Präsident der Republik Türkei bestätigt. Das exekutive Präsidialsystem, welches im April des vorangegangenen Jahres in einem nationalen Referendum beschlossen worden war, ist somit abschließend für die Türkei konstituiert worden. Dies stellt einen wichtigen Referenzpunkt für die Betrachtungen der innenpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei sowie der EU-Türkei-Beziehungen in den letzten zwölf Monaten dar.

Eingangs sollen die folgenden Entwicklungen als rahmengebend festgehalten werden. Der Ausnahmezustand, der nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 ausgerufen worden war, wurde von der Regierung immer wieder verlängert und lief erst am 19. Juli 2018 aus. Die Entlassungs-, Suspendierungs- und Verhaftungswellen, die dem Putschversuch folgten, ebten nach 2017 etwas ab. Aufgrund unterschiedlicher Statistiken und einer Anzahl an Wiedereinstellungen von Staatsbediensteten ist es jedoch schwierig, einen genauen Überblick über den derzeitigen Stand zu geben. Der Grad der Verfolgungen im türkischen Staat bleibt aber hoch; so wurden zwei Wochen nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mehr als 18.000 Staatsbedienstete per Notstandsdekret aufgrund mutmaßlicher Verbindungen zu Terrororganisationen oder Aktivitäten gegen die Staatssicherheit entlassen. Gleichzeitig wurden weitere zwölf Vereine, drei Zeitungen und ein Fernsehkanal geschlossen.¹ So ist auch in diesem Jahr eine weitere Verschlechterung der Bewertung der Rechtsstaatlichkeit der Türkei in diversen globalen Rankings festzuhalten.²

Die türkische Wirtschaft, lange eine Erfolgsgeschichte der AKP-Regierungen, hat insbesondere seit Anfang 2017 massive Verwerfungen durchlaufen.³ Diese Entwicklungen hatten nicht nur ökonomische Auswirkungen, denn allgemein werden die schlechten Wirtschaftszahlen und -prognosen als wichtige Motivation Erdoğan's für die vorgezogenen Wahlen gewertet.

* Die Autorin dankt Johannes Kohls für die vorbereitenden Recherchen.

1 Vgl. Tagesschau: Erdogans letztes Notstandsdekret? 2018, abrufbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-entlassungen-115.html> (letzter Zugriff: 12.11.2018); ZDF: 18.000 Staatsbedienstete entlassen, 2018, abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/dekret-in-der-tuerkei-18-000-staatsbedienstete-entlassen-100.html> (letzter Zugriff: 12.11.2018).

2 Siehe hierzu World Justice Project: Rule of Law Index 2017-2018, Turkey, abrufbar unter: <http://data.worldjusticeproject.org/#/groups/TUR> (letzter Zugriff: 7.11.2018); Freedom House: Freedom in the World 2018, Turkey Profile, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/turkey> (letzter Zugriff: 7.11.2018); Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und der Europarat“ in diesem Jahrbuch.

3 Siehe für eine Bewertung German Trade and Invest: Wirtschaftsausblick – Türkei, Juni 2018, abrufbar unter: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftsausblick,t=wirtschaftsausblick-tuerkei-juni-2018,did=1931542.html> (letzter Zugriff: 7.11.2018).

Die Migrationspolitik blieb in den Jahren 2017 und 2018 relevant. Bis Herbst 2018 wurden circa vier Mio. registrierte Flüchtlinge – davon 3,5 Mio. aus Syrien – in der Türkei verzeichnet.⁴ Damit zählt die Türkei weiterhin zu den Ländern, die die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen aus dem kriegsgeschüttelten Nachbarland tragen.⁵ Dies erhöht den innenpolitischen Druck auf die AKP-Regierung. Gleichzeitig handelt es sich dabei noch immer um einen bestimmenden Faktor in den EU-Türkei-Beziehungen, da der Rückgang der Flüchtlingszahlen in der Europäischen Union maßgeblich mit der EU-Türkei-Erklärung zur Migrationspolitik vom 18. März 2016 in Verbindung gebracht wird.

Trotz dieser Entwicklungen befand sich die Türkei, anders als in den Jahren 2016 oder 2017, in keiner kontinuierlichen Abwärtsspirale: Insbesondere das erste Halbjahr 2018 war von lebhafter politischer Dynamik geprägt.

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Das Parteiensystem der Türkei zeichnet sich durch eine starke Parteibindung der Wähler und ein hohes Maß an Polarisierung aus. Die Parteien positionieren sich dabei hauptsächlich entlang zweier klarer Bruchlinien zwischen modern-säkular und religiös-konservativ sowie türkisch-national und kurdisch-unabhängigkeitsstrebend.⁶ Zur Verfestigung der Einparteiensmehrheit der AKP im türkischen Parlament haben die 10-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament, die Zufriedenheit der Wähler mit der Wirtschaftspolitik und der Mangel an innerparteilichen Konflikten in der AKP im Gegensatz zu den Oppositionsparteien beigetragen.⁷

Im März 2018 hat das Parlament mit einer umstrittenen Gesetzesänderung Wahlbündnisse zwischen Parteien zugelassen. Damit können Einzelparteien eines Bündnisses ins Parlament einziehen, wenn sie zusammen mehr als zehn Prozent der Stimmen erreichen, unabhängig davon ob jede einzelne diese Hürde genommen hat. Die Opposition kritisierte diese Änderung zunächst, da hierin eine Stärkung der AKP gesehen wurde, die durch das ‚Bündnis des Volkes‘ mit der MHP die Möglichkeit hatte, dieser den Einzug ins Parlament zu sichern und somit einem Verlust der nationalen und religiös-konservativen Mehrheit im Parlament vorzubeugen.⁸

Allerdings haben einige Faktoren dazu geführt, dass diese Änderung auch die Chancen für eine Mehrheit der Opposition eröffnete und somit die Hoffnung auf einen Machtwechsel entstehen ließ. Erstens hat sich im Oktober 2017 eine neue Partei um Meral Akşener gebildet. Die „Gute Partei“ (IYI) ist eine Absplinterung der MHP und steht einerseits für Geschlechtergleichheit, Säkularismus und die Westernisierung der Türkei, andererseits für konservative und nationalistische Werte. Akşener hatte sich im Vorfeld des Referendums über die Einführung des Präsidialsystems klar als Gegnerin desselben positioniert. Die IYI

4 Siehe hierzu UNHCR: Syria Regional Refugee Response. Turkey, 2018, abrufbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/syria/location/113> (letzter Zugriff 12.11.2018).

5 Siehe für eine Bewertung der türkischen Migrationspolitik Laura Batalla/Juliette Tolay: Toward Long-Term Solidarity with Syrian Refugees? Turkey's Policy Response and Challenges, Atlantic Council in Turkey, September 2018.

6 Siehe hierzu Berna Öney/Torsten J. Selck: Exploring the level of party system institutionalization and party system type in Turkey: a convergence with established or new democracies?, Turkish Studies, 2/2017, S. 209–228; Günter Seufert: Die Türkei nach den Wahlen: Alles wie gehabt und doch tiefgreifend anders, SWP-Aktuell, Nr. 38, Juli 2018.

7 Pelin Ayan Musil: Emergence of a Dominant Party System After Multipartyism: Theoretical Implications from the Case of the AKP in Turkey, South European Society and Politics, 1/2015, S. 71–92, hier S. 87.

8 Zeit Online: Türkisches Parlament verabschiedet Änderung des Wahlgesetzes, 13.3.2018, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/tuerkei-gesetzesanderung-recep-tayyip-erdogan-machterhalt> (letzter Zugriff: 12.11.2018).

zielte also auf Stimmen aus den konservativen und nationalistischen Wählerschichten, die im Grunde die AKP oder die MHP wählen würden, aber die Idee eines Präsidialsystems ablehnen, und gleichzeitig auf liberale Stimmen aus der politischen Mitte ab.⁹ Wählerstimmen von der pro-kurdischen Halkların Demokratik Partisi (HDP) waren nicht zu erwarten, da Akşener in den 1990er Jahren als Innenministerin der Türkei eine klare Politik gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der kurdischen Minderheit geführt hatte. Zweitens hat die Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) nicht ihren Parteivorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu, sondern Muharrem İnce als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Dieser hat überraschendes rhetorisches Geschick in seinen Wahlkampfreden bewiesen und sich bemüht, die gesellschaftlichen Bruchlinien zwischen der modern-säkularen Überzeugung seiner Partei und dem religiös-konservativen Lager zu überbrücken. Wie überzeugend sein Wahlkampf war lässt sich auch daran bemessen, dass er bei den Präsidentschaftswahlen (30,64 Prozent) weit besser als die CHP bei den Parlamentswahlen abgeschnitten hat (22,65 Prozent). Drittens hatte das Ergebnis des Referendums über das Präsidialsystem im Jahr 2017 gezeigt, dass circa 50 Prozent der Bevölkerung dieses ablehnen. Zusätzlich nahmen die Wähler die kritischen Entwicklungen in der Wirtschaft, in Bezug auf Freiheit und Rechte, im Bereich der Bildung und hinsichtlich der Flüchtlingssituation wahr.¹⁰ Beides begünstigt strategisches Wahlverhalten und ließ Wählerwanderungen wahrscheinlicher als bei früheren Wahlen erscheinen.

Die Opposition formierte sich ebenfalls über stabile Parteigrenzen hinweg zu einem ‚Wahlbündnis der Nation‘ bestehend aus CHP, İYİ und der Saadet Partisi (SP). Die HDP versuchte aus eigener Kraft, die 10-Prozent-Hürde zu überwinden. Eine mögliche Strategie von AKP und auch Erdoğan, die Opposition durch das Vorziehen der Wahlen um fast einhalb Jahre auf den 24. Juni 2018 unvorbereitet zu treffen, ist folglich nicht aufgegangen.

Der Ausgang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zeigte jedoch, dass die Mobilisierungskräfte der Opposition zwar für eine positive Dynamik gesorgt haben, aber nicht ausreichend für einen Wahlsieg beziehungsweise die Verhinderung einer absoluten Mehrheit der AKP im Parlament waren. Das ‚Bündnis des Volkes‘ erreichte 53,7 Prozent der Stimmen und auch die MHP wäre mit 11,10 Prozent eigenständig ins Parlament eingezogen. Das ‚Bündnis der Nation‘ gewann 34 Prozent, wobei die İYİ nur aufgrund desselben im Parlament vertreten ist. Die HDP schaffte – auch mit Hilfe von links-liberalen ‚Leihstimmen‘ aus der CHP – mit knapp 12 Prozent den Einzug ins Parlament. Ein erheblicher Anteil an Wählerwanderung war zu beobachten, aber diese hat das Machtverhältnis zwischen den zwei Wahlbündnissen nicht grundlegend verändert. Zwar verlor die MHP Wähler an die İYİ, konnte aber gleichzeitig Stimmen von der AKP gewinnen. Neben den Leihstimmen an die HDP musste die CHP auch Stimmen aus ihrem nationalistischen Lager an İYİ abgeben.¹¹

Bei den Präsidentschaftswahlen, bei denen Recep Tayyip Erdoğan als gemeinsamer Kandidat für das ‚Bündnis der Nation‘ gegen einzelne Kandidaten der anderen Parteien angetreten war, kam es entgegen vieler Prognosen zu keinem zweiten Wahlgang zwischen Erdoğan und İnce. Erdoğan konnte direkt 53,60 Prozent der Stimmen gewinnen – einen Prozentpunkt mehr als bei den ersten Direktwahlen zum Präsidenten im Jahr 2014.

9 Die CHP hatte dazu beigetragen, dass İYİ bei den Wahlen überhaupt antreten konnte, indem 13 CHP-Abgeordnete İYİ beitraten, damit diese genügend Mitglieder vorweisen konnte.

10 Vgl. Sinan Ekim: Erdoğan's Snap Election Gamble: Too Little, Too Late?, *Istituto Affari Internazionali Commentaries* 18/32, Juni 2018; Günter Seufert: Die Türkei nach den Wahlen: Alles wie gehabt und doch tiefgreifend anders, *SWP-Aktuell*, Nr. 38, Juli 2018.

11 Siehe Seufert: Die Türkei nach den Wahlen, 2018, S. 4.

Durch den Machtgewinn der MHP sowie die Abschaffung des Europaministers und seines Ministeriums, die beide im Außenministerium aufgegangen sind, ist fortan eine stärker nationalistische und europaskeptische Ausrichtung der Politik möglich. Hierbei handelt es sich um einen längerfristigen Trend, denn die neue Verfassung sieht vor, dass Neuwahlen zum Präsidenten und des Parlaments immer zusammen und gleichzeitig angesetzt werden müssen. Da die Partei des neugewählten Präsidenten auch die Parlamentsmehrheit hat, ist die gegenseitige Amtsenthebung beziehungsweise Auflösung künftig ein sehr unwahrscheinliches Szenario.¹²

Wirtschaftspolitische Betrachtungen

Wirtschaftswachstum ist eine wichtige wirtschaftspolitische Priorität der türkischen Regierung. Über Jahre hinweg konnte die Türkei eine beeindruckende Bilanz vorweisen. Auch im zweiten Quartal 2018 ist die Wirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, noch um 5,4 Prozent gewachsen. Allerdings ist hierbei ein Abwärtstrend im Vergleich zum ersten Quartal 2018 (7,4 Prozent) und der zweiten Hälfte 2017 (11,1 Prozent) zu verzeichnen. Wirtschaftsexperten haben bereits seit längerem vor einer ‚Überhitzung‘ der türkischen Wirtschaft gewarnt,¹³ da das Wachstum durch „massive staatliche Konjunkturmaßnahmen herbeigeführt sei – mit all seinen negativen Folgen für Inflation, Leistungsbilanz und Währung.“¹⁴ Es handelt sich folglich um kein nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es in der Türkei unter anderem an Investitionen, jedoch sind seit 2016 ausländische Direktinvestitionen stark rückläufig und brachen im ersten Quartal 2018 um 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein.¹⁵ Im Jahr 2018 wird die Situation durch den dramatischen Kursverfall der Türkischen Lira gegenüber Dollar und Euro um knapp 40 Prozent¹⁶ sowie der extrem hohen Inflation von 15 Prozent verschärft. Um der Inflation entgegenzuwirken, müsste die Türkei die Zinsen erhöhen. Die Notenbank hat den Leitzins jedoch erst im August 2018 angehoben. Ihre Unabhängigkeit war vorher in Frage gestellt worden, da Präsident Erdoğan ein Gegner von Zinserhöhungen ist und wiederholt öffentlich die Senkung der Zinsen gefordert hatte.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind vielfältig und besorgniserregend. Die Kaufkraft der Verbraucher sinkt, ausländische Kredite haben sich verteuert, gleichzeitig ist das Handelsbilanzdefizit aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums und der Importabhängigkeit der türkischen Wirtschaft gestiegen. Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 scheinen diese Entwicklungen noch nicht entscheidend für die Wahlergebnisse gewesen zu sein. Dies könnte bei den Lokalwahlen im Frühjahr 2019 schon anders aussehen.

Außenpolitik

Für die türkische Außenpolitik bleiben die transatlantischen Beziehungen wichtig – auch wenn diese in den letzten Monaten wiederholt auf die Probe gestellt worden sind. Zuletzt kam es im Frühherbst 2018 zu einer Eskalation der Beziehungen aufgrund der Inhaftierung des US-amerikanischen Pastors Brunson, dem die Türkei Verbindungen zur Gülen-

12 Siehe hierzu Alan Makovsky: Erdoğan’s Proposal for an Empowered Presidency, Center for American Progress, März 2017.

13 Siehe auch Zia Weise: Erdoğanomics risks overheating Turkey, Politico, 19.12.2017.

14 German Trade and Invest: Türkische Wirtschaft 2017, abrufbar unter: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=tuerkische-wirtschaft-2017-um-74-prozent-gewachsen,did=1899228.html?view=renderPrint> (letzter Zugriff: 12.11.2018).

15 Siehe German Trade and Invest: Wirtschaftsausblick – Türkei, 2018.

16 Boerse.de abrufbar unter: https://www.boerse.de/historische-kurse/Euro-Lira/EU000A0C32V9_seite,3-anzahl,20 (letzter Zugriff: 12.11.2018).

Bewegung nachsagt. Gleichzeitig verfolgt die Türkei eine „historische Politik von flexiblen Bündnissen.“¹⁷ Gegen Ende 2017 war eine verstärkte Ausrichtung nach Osten zu beobachten – so zum Beispiel nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Irakisch-Kurdistan im September oder beim Sotschi-Gipfel im November 2017. Darüber hinaus plant die Türkei, das russische S-400-Raketenabwehrsystem zu erwerben. Da diese Entscheidung eher als eine politische anstatt einer militärischen wahrgenommen wird, belastet dies die Türkei-Nato-Beziehungen stark.¹⁸ Allerdings hat die Vergangenheit gezeigt, dass die Beziehungen zwischen Russland und der Türkei alles andere als stabil sind. So verärgerte Moskau Ankara mit dem Vorschlag, die nordsyrische kurdische Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Ende 2017 zu Friedensgesprächen einzuladen, da die türkische Regierung die PYD aufgrund ihrer Nähe zur türkischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als Terrororganisation einstuft.

Im Januar 2018 kam es zur Eskalation an der Syrischen Grenze, als das türkische Militär im Rahmen der Operation ‚Olivenzweig‘ bis nach Afrin vorrückte, um Ansätze kurdischer Selbstverwaltung zu unterbinden und eine 30 Kilometer tiefe Pufferzone zu etablieren. Die türkische Regierung rechtfertigte dieses schwerste Luftbombardement in der Geschichte der türkischen Republik mit Raketenangriffen aus dem PYD-kontrollierten Gebiet. Internationale Reaktionen waren jedoch von der Sorge um die Verhältnismäßigkeit des militärischen Vorgehens,¹⁹ die Zuspitzung der humanitären Krise in Syrien²⁰ und der Verhinderung einer politischen Lösung²¹ geprägt. Auch belastete diese Operation die transatlantischen Beziehungen der Türkei, denn die PYD gilt als hauptsächlicher Partner der USA im Syrienkonflikt.²² Nach der erfolgreichen Einnahme Afrins im März 2018 plante die Türkei kurdische Milizen auch aus Manbij zu vertreiben. Allerdings waren diese Gruppen mit amerikanischen Spezialeinheiten verbündet, sodass ein offener Konflikt zwischen der Türkei und den USA drohte. Nach langen Verhandlungen konnten sich beide Parteien darauf einigen, durch gemeinsame Patrouillen für Stabilität in der Region zu sorgen.²³

Ausblick auf die EU-Türkei-Beziehungen

Im Türkei-Bericht 2018 stellt die Europäische Kommission fest, dass die Türkei weiterhin einen Schlüsselpartner für die Europäische Union darstelle, sich jedoch immer weiter von deren Werten entferne.²⁴ Die Dilemma-Frage ‚Was tun mit der Türkei?‘ bleibt somit ungeklärt. Die offene Debatte um die Notwendigkeit einer Suspendierung oder gar Auflösung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die das vorangegangene Jahr dominiert hatte,²⁵ ist jedoch abgeflaut. Unabhängig davon sind die Verhandlungen aber tatsächlich festgefahren.

17 Fuat Keyman/Megan Gislon: Turkey's Strategic Choice: Flexible Alliances with Enduring Transatlantic Anchor, The German Marshall Fund of the United States, November 2017, eigene Übersetzung.

18 Keyman/Gislon: Turkey's Strategic Choice, 2017, S. 2.

19 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags: Sachstand: Völkerrechtliche Bewertung der „Operation Olivenzweig“ der Türkei gegen die kurdische YPG in Nordsyrien, WD 2 - 3000 - 023/18.

20 Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. März 2018 zur Lage in Syrien (2018/2626(RSP)), 2018.

21 Federica Mogherini: Speech by High Representative/VicePresident Federica Mogherini at the European Parliament Plenary Session on the human rights situation in Turkey and the situation in Afrin, Syria, 2018, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/39509/speech-high-representative-vice-president-federica-mogherini-european-parliament-plenary_en (letzter Zugriff: 12.11.2018).

22 Rayk Hähnlein/Günter Seufert: Der Einmarsch der Türkei in Afrin, SWP-Aktuell, Nr. 21, März 2018, S. 3.

23 The New York Times: U.S. and Turkey Agree on Kurds' Withdrawal From Syrian Town, 4.6.2018; Hürriyet Daily News: Turkey, US conduct 29th round of patrols in Syria's Manbij, 14.8.2018.

24 Europäische Kommission: Turkey Report 2018, SWD(2018) 153 final, Straßburg 17.4.2018, S. 3.

Die Heranführungshilfen wurden aufgrund der politischen Veränderungen in der Türkei angepasst und keine weiteren Kapitel verhandelt. Während die Beziehungen der Türkei mit der Europäischen Union und vor allem mit einzelnen Mitgliedstaaten wie Deutschland oder den Niederlanden aufgrund von nationalen Wahlen im Jahr 2017 stark aufgeheizt waren,²⁶ ist nun mehr Ruhe eingekehrt.

Im März 2018 fand ein Gipfeltreffen zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker und dem Premierminister Bulgariens, Boyko Borissov, der die Ratspräsidentschaft innehatte, sowie dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan statt.²⁷ Dieses Treffen war im Vorfeld kritisch wahrgenommen worden, weil man befürchtete, dass es die Beziehungen endgültig beenden könnte. Trotz aller kritischen Punkte auf der Agenda verlief dieser Gipfel aber weitaus unspektakulärer als befürchtet. Auch wurden Formate des Austausches in einzelnen Politikbereichen von beiderseitigem Interesse wie zum Beispiel Transport, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Terrorismusbekämpfung und Außenpolitik fortgeführt. Allerdings bleibt der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Modernisierung der Zollunion mit der Türkei aus politischen Gründen durch die Mitgliedstaaten blockiert.

Vor diesem Hintergrund gab es vereinzelte Vorschläge von europäischen Politikern, alternative Formate für die EU-Türkei-Beziehungen zu prüfen. Sigmar Gabriel nahm im Dezember 2017 Bezug auf die Brexit-Verhandlungen als mögliche Vorlage für die Beziehungen der EU zu anderen wichtigen Drittstaaten.²⁸ Der französische Präsident Emmanuel Macron warb Anfang 2018 bei einer gemeinsamen Konferenz mit dem türkischen Präsidenten für das offene Eingeständnis, dass die Türkei aktuell keinerlei Chance besäße, in den Beitrittsverhandlungen voranzukommen. Im Herbst 2018 hat auch der Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ offen den Nutzen der Beibehaltung der Verhandlungen in Frage gestellt, da diese den Weg zu einer „realistischen strategischen Partnerschaft“ blockieren würden.²⁹

Weiterführende Literatur

Senem Aydin-Düzgit: *Pesco and Third Countries: Breaking the Deadlock in European Security*, Istanbul Policy Center, Januar 2018.

The Future of EU-Turkey Relations: Mapping Dynamics and Testing Scenarios (FEUTURE), Horizon 2020 Forschungsprojekt, www.feuture.eu.

Daniel Gros et al.: *Strengthening EU-Turkey economic relations. Can services revitalize the customs union?*, Istanbul Policy Center, March 2018.

25 Funda Tekin: Türkei, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2017*, Baden-Baden 2016, S. 433–438; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

26 Tekin: Türkei, 2017.

27 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Bulgarien“ in diesem Jahrbuch.

28 Sigmar Gabriel: *Der Brexit-Vertrag als Modell für die Türkei-Beziehungen*, in: *Die Zeit*, 26.12.2017.

29 Christoph Schlitz: „Ein Signal, dass Versöhnung am Westbalkan möglich ist“, Interview mit Johannes Hahn, in: *Die Welt*. 6.11.2018.